

München, 02.12.2021

CSU und Freie Wähler blockieren Fortschritt bei Digitalisierung an Schulen

Bildungssprecherin Dr. Simone Strohmayr: Regierungsfaktionen greifen weder sinnvolle Vorschläge auf, noch haben sie eigene Ideen

Die bildungspolitische Sprecherin **Dr. Simone Strohmayr** fordert von den Regierungsfaktionen im Bayerischen Landtag und der Staatsregierung mehr Engagement für die digitale Ausstattung von Schulen. "Gerade in Zeiten steigender Inzidenzen müssen wir alles daran setzen, dass der Unterricht in den Schulen und daheim am Computer gut funktioniert. Schulen brauchen daher dringend eine funktionierende digitale Infrastruktur und eine gute Ausstattung mit Geräten. Deshalb verstehe ich nicht, dass CSU und Freie Wähler weder selbst wirksame Maßnahmen auf den Weg bringen noch unsere Vorschläge aufnehmen. Und ich bin sicher, dass die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer das auch nicht begreifen", erklärt Strohmayr. CSU und Freie Wähler hatten heute (2.12.) ein umfangreiches [Antragspaket](#) der SPD zur digitalen Bildung abgelehnt.

Wie eine [Anfrage](#) von Strohmayr ergab, haben in Bayern 450 Schulen keinen Internetanschluss, ein Viertel hat kein WLAN und an 36 Prozent der Schulen sind keine Geräte für das Homeschooling vorhanden. Ein erschreckender Befund. Hinzu kommt: Der Bund hat insgesamt 778 Millionen Euro für die Digitalisierung der Schulen in Bayern bereitgestellt. Die Sachaufwandsträger haben seit 2019 erst 112 Millionen Euro beantragt und die Regierungen 67 Millionen Euro bewilligt (Stand 30.6.2021).

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich daher dafür ein, digitale Endgeräte und Software in die Lernmittelfreiheit aufzunehmen. Jedes Kind soll ein kostenloses Gerät zur Verfügung haben. "Wenn wir es nicht schaffen, die Schülerinnen und Schüler mit Geräten auszustatten, verschärfen wir die ohnehin bereits vorhandene soziale Ungleichheit. Das können wir nicht zulassen", erklärt Strohmayr. Aus dem landeseigenen Digitalpakt "Digitales Klassenzimmer" sind bisher weniger als die Hälfte der 100.000 Klassenzimmer mit digitaler Infrastruktur ausgestattet worden und aus dem Digitalpakt Schule des Bundes sind viel zu wenig Gelder abgerufen worden. "Hier liegen massive organisatorische Defizite vor, zum Beispiel verzögerte sich die entsprechende Förderrichtlinie lange", kritisiert Strohmayr.

Die Bildungspolitikerin weist darauf hin, dass jede Schule personelle Unterstützung durch Systembetreuerinnen und Systembetreuer brauche. Weiter soll es an Schulen Fortbildungen für digitales Lehren und Lernen geben. "Es ist zwingend erforderlich, dass alle Lehrkräfte

die Möglichkeit erhalten, die Qualität ihres Unterrichts mithilfe von digitalen Medien zu verbessern", erklärt Strohmayr. Zudem sollen an weiterführenden Schulen neue Formen des Unterrichts, beispielsweise Lernen mit digitalen Medien, Streaming-Formate oder der Einsatz digitaler Lernplattformen erprobt und weiterentwickelt werden. Und nicht zuletzt: Schulentwicklung könne nur gelingen, wenn die Neuerungen in den Schulalltag integriert werden. Deshalb setzt sich die SPD-Bildungspolitikerin auch für einen Digitaltag pro Woche ein, an dem das Gelernte vertieft werden kann.